

Nicht automatisch auf der Seite Israels

Nahost-Expertin Dr. Muriel Asseburg: 50 Jahre diplomatische Beziehungen sind ein Erfolg, aber auch Anlass zur Korrektur

Am 12. Mai jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. „Wegen des Völkermords an den Juden kann es sich niemals um normale Beziehungen handeln“, resümiert Dr. Muriel Asseburg vom Thinktank SWP, der die Bundesregierung berät. „Das Jubiläum bietet Anlass, Deutschlands historische Verantwortung gegenüber Israel in eine Form zu gießen, die unseren anderen Prinzipien nicht widerspricht.“

◆ Seit 50 Jahren sieht sich der „Staat der Täter“ als eine Art Schutzpatron des „Staates der Opfer“. Kann ein derart partnerschaftliches Verhältnis als Erfolg deutscher Diplomatie gewertet werden?

Dr. Muriel Asseburg: Eindeutig ja. Beginnend unter Bundeskanzler Konrad Adenauer haben bis heute alle Regierungen die Beziehungen auf der politischen, der militärischen, der wirtschaftlichen und der gesellschaftlichen Ebene sehr bewusst vertieft. Und dies mit einigem Erfolg, wie man nach 50 Jahren resümieren kann.

◆ Wie weit trägt die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel noch?

Dr. Asseburg: Sie trägt insofern, als sie immer noch politikbestimmend ist. Dabei interpretiert unsere politische Elite die historische Verantwortung so, dass sie Deutschland verpflichtet sieht, Israels Sicherheit zu unterstützen und Israel darüber hinaus in internationalen Gremien Flankenschutz zu gewähren. Und dies ist Leitlinie der Politik, obwohl es immer wieder in Konflikt steht zu anderen außenpolitischen Prinzipien, denen sich Deutschland verpflichtet sieht. So widerspricht etwa die Lieferung von Waffen und U-Booten dem Grundsatz, nicht in Spannungsgebiete zu liefern.

◆ Wie kommt es, dass sich die Gesellschaften trotz enger Kooperation auf Regierungsebene auseinanderentwickeln?

Dr. Asseburg: Zunächst: die Gesellschaften waren nie wirklich beieinander. Die Annäherung blieb – mit wenigen Ausnahmen – vor allem ein Projekt der Eliten. Aussöhnung gab es damit vor allem auf der politischen Ebene, weniger auf der gesellschaftlichen. Beide Gesellschaften sind auch durch ganz unterschiedliche Kontexte geprägt und beide haben aus der Shoah, der industrialisierten Vernichtung der europäischen Juden, ganz unterschiedliche Lehren gezogen. Im Ergebnis haben wir Gesellschaften, die sich oft mit Befremden und Unverständnis begegnen.

Es gibt sicherlich eine gegenseitige Faszination, aber die nimmt auf deutscher Seite deut-

lich ab. Während der Blick der Israelis auf Deutschland insgesamt positiver wird, wird jener der Deutschen auf Israel negativer. Neugier und Interesse an Deutschland finden wir derzeit bei jungen Israelis, für die etwa die Stadt Berlin Kultstatus genießt.

◆ Nach der Shoah schwor sich das eine Volk „Nie wieder Täter“ und das andere „Nie wieder Opfer“. Ist dies schwer auf einen Nenner zu bringen?

Dr. Asseburg: Ja. Denn aus einer solchen Grundhaltung heraus werden jeweils spezifische Konsequenzen für das Handeln bei aktuellen Herausforderungen gezogen. So setzt Israel sehr stark auf militärische Überlegenheit und Abschreckung, während Deutschland eher auf friedliche Konfliktregelung, Völkerrecht und Vermittlung setzt. Und das passt in der Regel nicht gut zusammen.

◆ Liegt darin auch begründet, warum es in der deutschen Bevölkerung bisweilen an Verständnis für die Front-Staat-Situation Israels mangelt?

Dr. Asseburg: Das ist ein Element. Immer weniger Deutsche sehen in Israel den schwachen David, der vom übermächtigen arabischen Goliath bedroht wird. Vielmehr sehen sie ein hochgerüstetes Israel, das die palästinensischen Gebiete besetzt hält und dort sein Siedlungsprojekt vorantreibt. Dabei wird vor allem der Einsatz von militärischer Gewalt gegenüber Israels Nachbarn – zum Beispiel während des letzten Gaza-Krieges – als unverhältnismäßig wahrgenommen. Oft wird hierzulande übersehen, wie schwierig das sicherheitspolitische Umfeld Israels ist. Es fehlt an Empathie gegenüber einem Land, in dessen Nachbarschaft feindlich gesinnte Gruppierungen aktiv sind und Staaten zusammenbrechen – Empathie, die allerdings nicht mit einer Unterstützung der Besatzung und von Militäreinsätzen oder der Übernahme israelischer Sicherheitsdoktrinen gleichzusetzen ist.

◆ Könnte Berlin angesichts dieser instabilen außenpolitischen Lage Israels das Merkel-Wort von der Sicherheit Israels



Dr. Muriel Asseburg: „Die Shoah führte in Israel zum Schwur: Nie wieder Opfer!; in Deutschland hingegen zum Schwur: Nie wieder Täter.“ Foto: nh

als deutscher Staatsräson noch bereuen?

Dr. Asseburg: Die Frage ist schwierig zu beantworten, weil nie ausbuchstabiert wurde, was Merks Aussage von 2008 vor der Knesset in der Praxis bedeuten soll. Im konkreten Einzelfall muss diese Aussage erst interpretiert werden.

Sinnvoll wäre es jetzt – anlässlich der Feierlichkeiten zu 50 Jahren diplomatischer Beziehungen – breit darüber zu diskutieren, wie Deutschland seine historische Verantwortung umsetzen sollte: Lassen sich die Lehren aus der deutschen Geschichte auch in einer Politik gegenüber Israel umsetzen, die den Grundsätzen deutscher Politik und der deutschen Position im Nahostkonflikt nicht widerspricht?

◆ Um diese Frage konkret anzugehen: Muss sich Berlin von der Genscher-Maßgabe, maritime Rüstungshilfe sei zulässig, da sie nicht zur Repression eingesetzt werden könnte, angesichts von Präventivschlagdrohungen gegen den Iran verabschieden, die auch von in Deutschland produzierten U-Booten umgesetzt werden könnten?

Dr. Asseburg: Das muss tatsächlich hinterfragt werden. Denn der Ausbau der maritimen Komponente ist nicht rein defensiv. So können U-Boote benutzt werden, um Kommando-Einheiten anzulanden oder um Marschflugkörper auf zivile Ziele abzufeuern. Zudem besteht das Risiko, dass eine derartige Rüstungshilfe in Israel die Illusion nährt, unangreifbar zu sein, so dass in Folge die Eskalationsrhetorik noch weiter verschärft wird. Gerade die Regierung Netanjahu pflegt das Feindbild Iran, wie sich jetzt bei den Verhandlungen Teherans mit den Sicherheitsratsmitgliedern und Deutschland sehr

deutlich gezeigt hat. Deshalb läuft Deutschland Gefahr, die Mittel für eine weitere Eskalation zu liefern.

◆ Endet die Zeit, in der Berlin eine Art Makler israelischer Interessen in der EU war?

Dr. Asseburg: Hier findet zumindest eine graduelle Verschiebung statt, aber bislang keine grundsätzliche Änderung der Berliner Haltung. Es ist nicht mehr so, dass Berlin immer automatisch auf der Seite Israels steht, hier geht eine gemeinsame europäische Haltung oft vor. Aber nach wie vor versucht Berlin, grundlegende Interessen Israels zu unterstützen.

◆ Kann erst die nächste israelische Generation ein Denken überwinden, das Sicherheit ausschließlich militärisch definiert?

Dr. Asseburg: Das wird stark davon abhängen, in welchem Umfeld Israel sich dann befindet. Bleibt es bei einem derart instabilen Umfeld, denke ich nicht, dass es hier zu veränderten Sichtweisen kommen wird, sondern dass im Gegenteil der Ansatz noch verstärkt wird. Dies ist übrigens ein Bereich, in dem sich gegenläufige Trends in der Bildung stark auswirken. Während in Deutschland die Bedeutung der Shoah im Bewusstsein der Bürger immer mehr abnimmt, bleibt sie im israelischen Bildungswesen eine ganz starke Konstante. Entsprechend wirkmächtig untermauert sie das Streben, nie wieder Opfer sein zu wollen.

◆ Müssen angesichts des instabilen israelischen Umfelds bei der militärpolitischen Kooperation von deutscher Seite neue Grenzen gezogen werden?

Dr. Asseburg: Ja. Deutschland sollte nichts tun, was direkt oder indirekt die Fortführung der Besatzung der palästinensischen Gebiete oder die Blockade des Gaza-Streifens unterstützt und was einer Zwei-Staaten-Regelung im Weg steht.

Außerdem wäre es sinnvoll, wenn Deutschland sich sehr viel stärker als bisher beim Konfliktmanagement einbringen würde. Schaut man sich Umfrageergebnisse in Israel an, würde dies auch von einer Mehrheit der israelischen Bevölkerung unterstützt. So könnte Deutschland konfliktmindernd wirken, Interessensgegensätze mit den Nachbarn ausgleichen, um dazu beizutragen zu verhindern, dass es in derart kurzen Abständen zu immer massiveren kriegerischen Aus-

einandersetzungen kommt wie in den letzten Jahren.

◆ Kann Deutschland sich je so frei fühlen, Israel zu kritisieren?

Dr. Asseburg: Das passiert ja längst. So haben die Kanzlerin und andere deutsche Politiker in den vergangenen Jahren immer wieder die Siedlungspolitik und den übermäßigen Gewalteininsatz kritisiert.

Es wird aber noch sehr lange dauern, bis Deutsche dies tun können, ohne vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte sehr sorgfältig jedes Wort abzuwägen.

Ein aktuelles Beispiel ist das Vorhaben der EU, eine Richtlinie über die Kennzeichnungspflicht für Produkte auszuarbeiten, die aus israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten stammen. Diese sollen – gemäß europäischer Rechtsauffassung – nicht zollvergünstigt auf den europäischen Markt gelangen und Verbraucher sollen die Möglichkeit haben, zu entscheiden, ob sie solche Produkte kaufen wollen oder nicht. Von Kritikern ist dieses Vorhaben sofort mit dem „Kauft nicht bei Juden!“ der Nazis gleichgesetzt worden. Dabei geht es hier um etwas ganz anderes: die Unterscheidung zwischen Gütern aus Israel und solchen aus den besetzten Gebieten. Hier kämen Berlin klare Vorgaben aus Brüssel entgegen, denn es teilt natürlich die europäische Rechtsauffassung. Gleichzeitig soll klar werden, dass dies kein deutsches Projekt ist.

Das Interview führte Joachim Zießler

Dr. Muriel Asseburg ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, der größten Denkfabrik Europas. Sie beschäftigt sich vor allem mit dem arabisch-israelischen Konflikt, deutscher, europäischer und amerikanischer Nahostpolitik sowie Fragen von politischer und gesellschaftlicher Transformation und geopolitischen Dynamiken im Nahen und Mittleren Osten. Sie leitet zwei Forschungsprojekte, eines zu Syrien und eines zu den Dynamiken der Transformation in den Ländern des sogenannten Arabischen Frühlings.